

FRANZ GEORG FRIEDEL

Kirche in der ehemaligen DDR

Der Erfurter Pastoraltheologe berichtet als Zeitzeuge farbig und lebendig aus der ehemaligen DDR. Aus seinen Reflexionen ergeben sich aber auch wichtige Hinweise für die Zukunft: „Es wäre eine Todsünde der Kirche, wenn sie sich mit einem totalitären System verwechseln ließe.“ (Redaktion)

Rückblick auf die Ereignisse

Wenn wir Christen aus der ehemaligen DDR über die vergangenen zwei Jahre sprechen, können wir es nicht emotionslos und nüchtern tun. Wir kommen aus einem Vorgang, den wir wie ein Wunder erlebt haben. Am Sonntag nach der Öffnung der Grenzen — am 12. November 1989 — habe ich am Beginn des Sonntagsgottesdienstes einen uralten Text, nämlich den Psalm 126 vorgelesen. In diesem Augenblick „verstanden“ die Leute, es war unnötig, ein Wort der Erklärung zu sagen:

Als der Herr das Los der Gefangenschaft Zions wendete,

da waren wir alle wie Träumende,

da war unser Mund voll Lachen

und unsere Zunge voll Jubel.

Da sagte man unter den anderen Völkern:

„Der Herr hat an ihnen Großes getan.“

Ja, Großes hat der Herr an uns getan.

Da waren wir fröhlich.

Als ich am Nachmittag der Pastorin unseres Ortes von dieser Gottesdiensteröffnung erzählte, sagte sie, daß sie das Gleiche getan habe; und es war nichts abgesprochen. Der alte Text und seine selbstverständliche Aneignung in der

Situation des November 1989 gibt etwas von der Stimmung der Christen wieder, die in der DDR die „Wende“ erleben durften.

Der Paukenschlag des Falls der Mauer hatte eine lange Vorgeschichte. Er war mit leisen und lange vorher mehr gefühlten als gehörten Tönen vorbereitet: Ein erster Anfang war die Unterzeichnung der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1. August 1975 mit der Festschreibung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit, der Bereitschaft, menschliche Kontakte über Grenzen hinweg zuzulassen. Es gab — zunächst nur auf dem Papier der Konferenz — Familienzusammenführung, Eheschließung zwischen Bürgern verschiedener Staaten, Reisen aus persönlichen und beruflichen Gründen, die Verbesserung des Informationsaustausches, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Journalisten. Damals wurde etwas unterschrieben, auf das die Menschen sich berufen konnten. Vor allen Dingen kamen die Journalisten ins Land, die fast allabendlich in den meisten Haushalten der DDR-Bürger auf den Fernsehschirmen ungeschminkt berichteten. Und drei Viertel der Bevölkerung konnten sich nun informieren. Aufmüpfige Aktionen, die da und dort im Land geschahen — etwa Proteste von Umweltgruppen, Berichte, die in evangelischen Synoden gegeben wurden oder der „Fall Havemann“¹ —, konnten nicht in der Ver-

¹ Havemann war Akademiemitglied und Antifaschist, der mit Honecker im Zuchthaus gesessen hatte, aber in Ungnade gefallen war, weil er zunehmend den DDR-Kommunismus kritisierte. Der Staatssicherheitsdienst isolierte ihn und beschattete ihn ständig.

gangenheit verschwinden, sondern hatten Millionen von Zuschauern. Die Reisen, zuerst der Rentner, dann aber auch der jüngeren Personen, die „in dringenden Familienangelegenheiten“ sich eine Reise in die Bundesrepublik erkämpften, boten Erfahrungen mit dem Nachbarland, welche die beständige Propaganda gegen den bösen Westen konterkarierten. Es kam zu einer allmählichen Änderung der Atmosphäre. Die Arbeiter redeten ungenierter und nannten Mißstände beim Namen. Die Literaten stellten ihre unbequemen Fragen. Es schien, als hätten die Leute weniger Angst.

Ein nicht zu überschätzender Faktor im Geschehen war die Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Er war für viele das, was man heute einen Hoffnungsträger nennt. In vielerlei Gesprächen und Diskussionen konnte er gegen die stalinistische Grundlinie der SED ausgespielt werden. Die fast neurotische Anlehnung an die Sowjetunion wurde beendet durch das Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“, und es zeigte sich plötzlich, daß „von der Sowjetunion lernen“ nicht mehr „siegen lernen“ bedeutete, sondern höchstens — wie das Kabarett „Die Distel“ damals sagte — „russisch lernen“.

Die kleineren Funktionäre der Partei, die bisher durch ihre kleinen Privilegien in der Dienstbereitschaft zu Partei und Staat gehalten wurden, hatten allmählich den Eindruck, daß ihre Vergünstigungen angesichts der Reisemöglichkeiten gewöhnlicher Leute nichts mehr wert waren. Westverwandtschaft zu haben war plötzlich kein Stigma mehr, sondern eine ungeahnte Möglichkeit. Für die Funktionäre galt freilich weiterhin das Verbot, Kontakte zu haben. Das machte unzufrieden. Ein Markstein in der Vorgeschichte der Veränderungen von Oktober und November 1989 waren die Kommunal-

wahlen im Mai des Jahres. Wahlen in der DDR waren eigentlich eine Gehorsamsprobe der Bevölkerung. Es gab keine Auswahl, es gab keine Möglichkeit, eine Partei oder eine Gruppe anzukreuzen, man mußte nur einen Zettel falten und ihn in die Wahlurne stecken. Dieses Ritual wurde nicht ernst genommen. Die Kommunalwahlen im Mai waren von anderer Art. Es gab plötzlich Leute, die diese Wahl ernst nahmen. Es gingen plötzlich mehr Leute in die Wahlkabinen und strichen alle Kandidaten durch. Das war nach der allgemeinen Auffassung die einzige Möglichkeit, eine Nein-Stimme abzugeben, denn es war gesetzlich nicht geregelt, auf welche Weise eine Nein-Stimme zustande kam. Vertreter der evangelischen Kirche nahmen an der Auszählung der Stimmen teil und verglichen die Summe der Ergebnisse mit dem amtlichen Ergebnis dieses Wahlgebietes, das zumeist sehr viel besser war als das von den Beobachtern mitgezählte. In vielen Fällen wurde anschließend angefragt, wie diese Differenzen zustande kämen. Das Wahlergebnis wurde als „geschönt“ angefochten. Das alles waren völlig neue, Mut machende Erfahrungen. Gleichzeitig aber hatten viele Menschen das Gefühl, daß es in der DDR nur schlechter werden könnte und versuchten, über Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen das Land zu verlassen. Sie wurden nicht — wie in früheren Jahren — zurückgeschickt, sondern sammelten sich in den Botschaften oder in eigens dafür eingerichteten Lagern, bis diese Länder die Grenzen öffneten. Manche Beobachter sind der Meinung, daß schon in diesem Augenblick das Schicksal der DDR besiegelt war. Im Lande selbst sammelten sich die Ausreisewilligen in den Friedensgebeten. Die Parole „Wir wollen raus“ schlug plötzlich um in den Ruf „Wir bleiben hier“. Die in den Kirchen Versammelten, die dort mit dem Wort Gottes konfrontiert wurden, Fürbitte hielten, Informationen

austauschten und Aktionen planten, drängten im Herbst 1989 dann auf die Straße. Dann ging es Schlag auf Schlag. Dabei war die Öffnung der Grenzen nicht das entscheidende Ereignis der Wendezeit, sondern nur die nicht zu übersehende Auswirkung dieses in das Leben der DDR tief einschneidenden Wandels.

Die eigentlichen Wendestunden sind zwischen der Nacht vom 7./8. Oktober bis zum Abend des 9. Oktober 1989 anzusetzen. In Berlin gab es damals in der Schönhauser Allee brutale Maßnahmen gegen Demonstranten. In Dresden gab es am 8. Oktober eine Nachmittagsdemonstration, die von der Polizei gewaltsam aufgelöst wurde. Am Abend kam es bei einer zweiten Demonstration zur Vermittlung durch die „Gruppe der Zwanzig“.² Es gab Gespräche. Behörden und Bürger gingen gewaltfrei miteinander um. In Leipzig, wo man für den 9. Oktober eine blutige Auseinandersetzung — eine „chinesische Lösung“ — befürchtete, ereignete sich nach den Friedensgebeten das sogenannte „Wunder von Leipzig“. Über 70.000 Menschen demonstrierten dann ohne Zusammenstöße mit den zum brutalen Einsatz bereiten Staatsorganen für die Erneuerung des Landes. Dann überstürzten sich die Ereignisse immer mehr, so daß die Aufnahmefähigkeit der Menschen und die Möglichkeit, Geschehnisse in Ruhe zu verarbeiten, fast überfordert waren. Am 18. Oktober trat Erich Honecker zurück. Die Zahl der Flüchtlinge, die das Land über Ungarn verließen, stieg weiter an. Am 24. Oktober wurde Egon Krenz Generalsekretär der SED und bald darauf Staatsoberhaupt. Am 29. Oktober verlangten 20.000 Berliner den Abriß der Mauer. Am gleichen Tag demonstrierten 300.000 Menschen in Leipzig. Am

4. November demonstrierten fast eine Million Menschen auf dem Ostberliner Alexanderplatz für Reformen. Am 9. November wurden die Grenzen zur Bundesrepublik geöffnet. Am 13. November wurde Modrow Ministerpräsident.³ Vom 1. Jänner 1990 an entfielen Zwangsumtausch und Visumpflicht für Bundesbürger. Am 18. März fanden die ersten freien Wahlen in der DDR statt. Am 6. Mai wurden Kommunalwahlen abgehalten. Am 17. Juni gab es eine gemeinsame Sitzung von Bundestag und Volkskammer in Berlin. Am 1. Juli wurde die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion realisiert. Die D-Mark hielt Einzug. Am 3. Oktober erfolgte der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und damit die eigentliche Vereinigung. Am 14. Oktober wurden die Landtage gewählt. Am 2. Dezember fand die gemeinsame Bundestagswahl statt. Das Tempo der Geschichte war in den letzten achtzehn Monaten stark beschleunigt, wir fragten uns manchmal, wieviel Geschichte ein Mensch eigentlich verträgt. Wir mußten uns manchmal in den Arm kneifen, um festzustellen, ob wir nicht träumten.

Es gibt aber auch eine Menge Probleme und Schwierigkeiten. Das wirtschaftlich ausgepowerte Land ist nicht in der Lage, effizient zu produzieren, so daß die Betriebe gegenüber der westdeutschen Wirtschaft nicht konkurrenzfähig sind und schließen müssen. Damit kommt eine große Welle der Arbeitslosigkeit auf die Menschen in den neuen Bundesländern zu. Von vorneherein sind also Hunderttausende vom wirtschaftlichen Aufstieg ausgeschlossen. Die Polizei hat kein Ansehen und keine Autorität bei den Menschen; sie

² Die 20 Personen, die am 8. Oktober zur Verhandlung mit dem Oberbürgermeister gewählt wurden, darunter ein katholischer Priester.

³ Vorher Parteisekretär des Bezirkes Dresden.

weiß das und hält sich zurück, so daß ein Raum der Unsicherheit entstanden ist. Die kommunistischen Werkdirektoren, die noch lange ihre Posten besetzt hielten, benahmen sich wie Unternehmer aus der Zeit des Frühkapitalismus. Sie entließen Arbeiter, die ihnen nicht paßten, sie stellten dafür neue Leute ihrer Weltanschauung ein. Sie wurden kaum gehindert, denn es gab noch keine selbstbewußten Gewerkschaften und Betriebsräte; wenn es sie überhaupt gab, waren sie verunsichert. Nach diesem kleinen Rückblick auf die Geschehnisse, in denen von der Kirche noch kaum die Rede war, sollen nun einige Überlegungen zur Rolle der Kirche in der Wendezeit folgen.

Kontinuität

Wenn wir über die Kirche in dieser Zeit nachdenken, dürfen wir nicht nur an Umbruch, an Umwälzung, an Neuanfang ohne Rückblick denken. Kirche gab es in den vierzig Jahren der kommunistischen Herrschaft und es wird sie weiter geben. Der Doppelauftrag von Anbetung und Dienst war vor der Nacht des 7. Oktober 1989 gegeben und bleibt seither genau so notwendig. Kirche und Glaube sind nach der Wende nicht das unerhört Neue, sondern das, was es „immer schon gab“: Die Gemeinde kommt am Sonntag zusammen, das Wort Gottes wird verkündigt, Kinder kommen zur Katechese in die Pfarrei oder der Pfarrer versammelt eine kleine Gruppe in der Familie. Jugend- und Familienkreise treffen sich am Abend. Christen versuchen, nicht nur die eine Stunde des Gottesdienstes am Sonntag mit Gott zu leben und ihm zu vertrauen, sondern auch in den anderen 167 Stunden der Woche. Die „Messe der Kirche“ und die „Messe des Lebens“ gehören auch weiterhin zusammen. Notsituationen waren vor der Wende Herausforderungen an die Gemeinde und werden es auch weiterhin sein.

Katholische Sozialeinrichtungen (es gibt in der Kirche im Bereich der Dresdner Pastorsynode [1973–1975] etwa 130 Kindergärten, 30 Krankenhäuser, etwa 100 Altersheime, dazu eine Reihe von Behinderteneinrichtungen) haben vorher ihren Dienst getan und werden ihn in größerer Freiheit und ohne Einschränkungen durch die Staatsmacht weiter tun. Auch die Sorge, daß aus einer Pfarrei eine Gemeinde wird — eine Hauptforderung der Dresdner Pastorsynode — bleibt bestehen. Der treue Besuch der Sonntagsmesse war früher durchaus ein Kriterium, das den Menschen selbst oft nicht bewußt war. Wer sonntags zur Messe ging, fiel damit auch immer eine Entscheidung gegen die Mehrheit, gegen die Partei, die den neuen Menschen schaffen wollte, gegen die marxistischen Machthaber, die den Massen einhämmern ließen, ihr Sieg sei eine historische Notwendigkeit. Wer da einfach weitermachte, relativierte den Marxismus, von dem es hieß, daß er allmächtig sei.

Wenn wir uns nach der friedlichen Oktoberrevolution fragen, was nun Aufgabe der Kirche ist, dann stehen nicht zuerst die Aufgaben, neue Wege, neue Methoden und neue Maßnahmen auf dem Programm. Wende kann für die Kirche nicht heißen, nun machen wir alles anders, nun fangen wir etwas ganz Neues an. Die uralten Wahrheiten bleiben aktuell und sind zu verkündigen und zu feiern: Wir sind Erlöste, wir sind ein Volk aus Priestern und Königen, wir sollen durch unser Leben Antwort auf unsere Berufung geben und wir werden denen, die nichts von Gott wissen, von Gott und seinem Christus erzählen. Das sind natürlich Aufgaben, welche die Kirche in jeder Gesellschaft hat, sei sie sozialistisch oder kapitalistisch, arm oder reich, links oder rechts, europäisch oder afrikanisch. In jeder Gesellschaft hat sie den Auftrag, ihre

Botschaft besonders den Mühseligen und Beladenen auszurichten.

Allerdings ist die Kirche auch nach der Wende immer eine zu reformierende. Ehe sie andere evangelisiert, muß sie sich selbst evangelisieren. Die Kirche ist Kirche des Wortes und des Dienstes, aber sie muß beständig versuchen, noch deutlicher Kirche der Wahrheit und Kirche der Liebe zu werden. Buße gehört zur Kirche. Sie könnte in unserer Situation eine sehr zeitbezogene Gestalt annehmen. Auch wir Christen haben in der sozialistischen DDR Kompromisse gemacht, vor allem wenn es um die Zukunft und die Ausbildung der Kinder ging. Auch Christen haben sich einschüchtern lassen und waren dem Druck und der Drohung gegenüber nicht gelassen genug. Sie haben sich partiell auf den real-existierenden Sozialismus eingelassen, obwohl er sich eigentlich beständig selbst widersprach, obwohl sie wahrnahmen, daß der unerhörte Anspruch und die mickrige Wirklichkeit immer weiter auseinandergerieten. Der Sozialismus war wunderbar nur in den Zeitungen und in den Schulbüchern. Es wird ja nicht erst im Rückblick deutlich, daß kein „Klassenfeind“ effizienter gegen die Idee des Sozialismus vorgehen konnte als die Partei und ihre Funktionäre. Christen könnten nun manchmal fragen: Warum haben wir uns eigentlich und wie weit haben wir uns darauf eingelassen? Christen sind manchmal für die Standfestigkeit in den vergangenen vierzig Jahren bewundert worden. Man bangte um sie in der übersteigerten Vorstellung einer Kirchenverfolgung. Es war freilich nicht einfach, in einer ideologischen Diaspora zu leben, in der die Christen die Andersdenkenden sind und beständig den Beweis für ihre Hoffnung antreten müssen. Es ist nicht leicht, dauernd aufgerufen zu sein, für eine Überzeugung einzustehen, die von der Meinung der Masse und von der offiziellen Meinung der Herr-

schen, welche Glauben als Aberglauben bezeichnen, abweicht. Es gab Christen, die im Gefängnis waren. Wir müssen aber sachlich bleiben, im eigentlichen Wortsinn sind die Christen nicht verfolgt worden.

Die neue Lage

Das Hauptkennzeichen der neuen Situation ist die Freiheit. Die gesellschaftliche Atmosphäre in der alten DDR war sehr viel anders als in der Bundesrepublik. Die Menschen wurden gegängelt. Man kann das Lebensgefühl eines DDR-Bewohners einem Bürger freier Länder am besten an den Gefühlen klarmachen, die er bei der Einreise in die DDR an der Grenze hat. Man nimmt ihm seine Papiere weg und läßt ihn mit seinem Auto stehen. Er weiß nicht, was nun geschieht. Er ist rechtlos. Er hat das Gefühl: „die machen mit mir, was sie wollen“. Die Situation des Grenzübertrittes war für Bürger freier Länder immer bedrückend. Aber das Gefühl war nach etwa einer Stunde vorbei.

In der Intensität, wie die Westbürger ihre Unfreiheit an der Grenze erlebten, erlebten DDR-Bürger ihre Situation freilich nicht. Auch hier gab es einen Gewöhnungseffekt. Nun stößt dieses in vierzig Jahren verinnerlichte Lebensgefühl, nichts machen zu können, auf das Gefühl der freien westlichen Gesellschaft, alles machen zu können. Beide Gesellschaften bewegen sich aufeinander zu. Im Laufe der Zeit werden sich Lebensverhältnisse und Lebensgefühl einander angleichen. Aber es wird vermutlich langsamer vor sich gehen, als die Einführung einer gemeinsamen Währung und einer gemeinsamen Verfassung denken läßt. Wasserwirtschaftler sagen, daß sich noch dreißig Kilometer nach dem Zusammenfluß von Donau, Inn und Ilz in Passau genau feststellen läßt, welches Wasser aus der Donau, welches aus dem Inn und welches aus der Ilz kommt. Ähnlich dürfte es

auch bei der Vermischung unserer Gesellschaften sein. Die Gesellschaft in der alten DDR war ein kleiner überschaubarer Bereich. Er endete auf der einen Seite an Werra und Elbe, auf der anderen Seite an der Oder. Auch die polnische Grenze, die sich am Anfang der siebziger Jahre etwas aufgetan hatte, wurde bekanntlich nach dem Erstarken der Solidarność-Bewegung 1980 wieder geschlossen. Die Ostseeküste war so schwer bewacht, daß man nicht einmal mit einem Paddelboot, ja nicht einmal mit einer Luftmatratze auf die offene See hinausfahren durfte. Ähnlich war es im Thüringer Wald oder im Erzgebirge. Die DDR war geprägt durch Geist und Praxis der Abgrenzung. Die Menschen hatten keine Gelegenheit zu vergleichen. Das Füllhorn von Gütern, das der Sozialismus über die Menschen ausschütten wollte, konnte die versprochenen „Trüffel, Automobile und Klaviere“ — wie es bei Lenin heißt — nicht bereitstellen. Kontakte zu Ausländern — Bürger der Bundesrepublik Deutschland gehörten zu „Ausländern“ — waren unerwünscht und verpönt. In bestimmten Positionen mußte jeder Kontakt mit Bekannten und Verwandten in westlichen Ländern abgebrochen werden. Auch über zufällige Kontakte mußte Bericht erstattet werden. Natürlich gab es Gespräche mit Westdeutschen. Im Fernsehen und in Reportagen sahen wir etwas über Technik und Wissenschaft. Fachleute, die Einsicht hatten, sagten, wir würden diesen Vorsprung niemals aufholen. Arbeiter erzählten jahrelang von katastrophalen Zuständen, von Materialmangel, von schlechter Organisation in den Betrieben. So etwas verursacht auf die Dauer Minderwertigkeitsgefühle; diese überschreiten im Lauf der Zeit den Bereich des Technischen. Die Leute in der DDR fragten sich, ob sie vielleicht auch menschlich nicht mithalten könnten. Die Westdeutschen gaben sich freier, gelöster, ungenierter. Man konnte

schon an der Art und Weise, wie sie miteinander, aber auch mit Verkäuferinnen in Handelseinrichtungen umgingen, sehen, woher sie kamen. Wir haben lachend von der japanischen Stewardess erzählt, die ihre Landsleute nach der Landung auf dem Ostberliner Flughafen Schönefeld informierte: „Wir sind soeben auf dem Flughafen von Ostberlin gelandet. Bitte stellen Sie Ihre Uhren um zwanzig Jahre zurück.“ Solche Witze entlasteten, aber sie hinterließen auch ein bitteres Gefühl.

DDR-Bürger lebten immer irgendwie im Dämmerlicht, bei zugezogenen Vorhängen. Die Augen stellen sich im Laufe der Zeit darauf ein. Man muß versuchen, auch in einer solchen Lage zu leben, Leben sogar zu verbessern, Beziehungen aufzubauen, die leben halfen. Man richtete sich in privaten Nischen ein.

Auch die Pfarrgemeinden waren solche Nischen, größere als die der Familie. Die Pfarrgemeinde brachte Menschen zusammen, sie informierte, sie bot eine Stätte freier Rede. Es hat mich tief beeindruckt, daß ein SED-Genosse einmal zu mir gesagt hat: „Herr Pfarrer, Sie haben es doch gut, in Ihren Kreisen können Sie immer frei reden.“ Die Pfarrei überschritt auch immer wieder die Blickweite, die vom eigenen Kirchturm bestimmt war, und richtete die Aufmerksamkeit auf die Weltkirche. Über die Kirche kam man in Kontakt mit Gästen aus anderen Ländern. Sie ermöglichte Gespräche und Informationen über andere Länder. Sie half bei der Versorgung mit Medikamenten. Es hat einige Glückliche gegeben, die in der Zeit, da nur Rentner die Grenzen überschreiten durften, nach Lourdes oder nach Rom fahren konnten, obwohl sie noch nicht die „Reisemündigkeit“ von 60 oder 65 Jahren erreicht hatten. Aber so etwas war eine Ausnahme. Man wird sagen dürfen, daß die „Weltkirchlichkeit“ der Kirche in der DDR nicht groß war. Sie war eine Binnen-

kirche. Sie fühlte sich aber mit der Person des Papstes mit der Weltkirche verbunden. Das war freilich mehr emotional als real. Die Grenze fiel buchstäblich in einer Nacht. Auf dieses abgeschirmte Land und seine Binnenkirche geht nun ein Feuerwerk von Eindrücken nieder. Es ist, wie wenn ein Vorhang weggezogen wird und die Leute ins helle Licht starren; es wirkt im ersten Augenblick schmerzhaft. Ich nenne einige Stichworte: politische Wahlen mit Wahlkämpfen, Gespräche am Runden Tisch, ein nicht aufzuhaltender Ansturm von Händlern jeder Art, die soziale Marktwirtschaft kam zuerst als Marktwirtschaft (nicht als soziale), Werbung, freie Presse, Geldumtausch mit Hoffnungen und Ängsten, Arbeitslosigkeit als Realität, in vielen Familien gibt es Arbeitslose, Reisefreiheit, Freiheit jeglicher Art, damit auch die negativen Seiten der Freiheit, angefangen von den Drogen bis hin zur Pornographie.

Auch im kirchlichen Bereich ist es hektisch geworden. Einladungen überfluten die Pfarreien. Es entsteht eine auf kirchlicher Schiene laufende Glaubenstouristik, die kaum zu bewältigen ist. Jetzt kommen die Angebote für Reisen nach Rom, Griechenland, Ägypten und Israel. Das gleichförmige Christentum, das seine Impulse nur aus der Pfarrei empfängt, wird aufgewirbelt und beunruhigt durch die Angebote der Verbände. Wir werden eingeladen, von unseren Erfahrungen zu erzählen. Pfarrer werden nun in Schulen eingeladen. Es gibt politische Aktionen katholischer Christen. In der Kommunalpolitik gibt es eine Menge katholischer Mandatsträger. Viele Pastoren und Pastorinnen der evangelischen Kirche haben sich parteipolitisch engagiert.

Es gibt auch merkwürdige Erfahrungen. Es kommen Ahnungslose, die noch niemals in diesem Land gewesen sind, und sagen: „Gelt, jetzt seid Ihr aber froh, daß der Dom in Erfurt wieder geöffnet ist.“ Er

war nur wenige Tage geschlossen, als ihn nämlich eine Gruppe von Ausreisewilligen aus Sömmerda besetzt hatten, die durch diese Besetzung ihre Ausreise erzwingen wollten. Es gibt auch eine Art Legitimationsdruck, der gefragt oder ungefragt erklären möchte, warum die evangelischen Gemeinden mehr zur Wende beigetragen haben als die katholischen. Die am 1. Juli eingetretene Währungs-, Sozial- und Wirtschaftsreform hat die Menschen außerordentlich beschäftigt. (Ich ärgere mich heute noch, daß ich die Selbstverständlichkeiten des Alltags mit diesem neuen, guten Geld kaufen muß — etwa Briefmarken oder Milch oder Zahnpasta.) Währung in D-Mark wurde früher sorgfältig aufgehoben, das Geld wurde nur für Waren ausgegeben, die anders nicht zu haben waren. Es wurde sehr geschont. Nun ist es die selbstverständliche Währung geworden. Alte Leute machen sich Gedanken darüber, wieviel Rente sie bekommen und in welchem Maß Mieten und andere Preise steigen werden. Die Preise für Strom sind am 1. Januar um 300 Prozent gestiegen. Rentnern in den sogenannten Feierabendheimen wird angekündigt, daß sie demnächst das Vier- bis Fünffache ihrer Rente als Pensionskosten zahlen müssen. Freilich wird die Leistung des Sozialhilfegesetzes Härten lindern helfen, aber für die alten Menschen ist es zunächst ein Schock. Die Arbeitslosigkeit macht vor keinem Beruf, angenommen dem des katholischen oder evangelischen Pfarrers, halt. Es gibt sehr viele Kurzarbeiter, die aber in Wirklichkeit nicht eine einzige Stunde arbeiten. Die Betriebe werden ihre Erzeugnisse nicht los. Die Kohlepreise sind auf das Fünffache gestiegen. Dabei ist immer mitzudenken, daß Renten, Löhne und Gehälter nur etwa 35 Prozent von denen in den alten Bundesländern betragen. In einer solchen Situation muß die Kirche ihr Wort verkünden.

Die Sorgen der Menschen

Was kann die Kirche in einer solchen Situation für die Menschen tun? Die Kirchen — auch die katholische — haben zur Zeit ein relativ großes Prestige. Die katholische wie die evangelische Kirche sind nicht kompromittiert, sie mußten keine Personen „austauschen“. Dieser gute Ruf darf jetzt nicht vertan werden durch Besserwisserei, die sagt: „Wir wissen, wo es langgeht“ oder durch Triumphalismus, der spricht: „Wir haben es ja immer schon gesagt.“ Christen müssen behutsam mit den Menschen reden, die nicht nur in der Sorge um das materielle Wohl sind. Die Herzen der Menschen sind durch vierzig Jahre hindurch verwüstet worden. Bei vielen Menschen, vor allen Dingen bei denen, die auf den Sozialismus gesetzt haben, ist ein existentielles Vakuum entstanden. Sie befinden sich in einer tiefen Vertrauenskrise. In der Zeitung der PDS⁴ „Neues Deutschland“ gab der frühere Generaldirektor von Carl Zeiss Jena, ein führender und bei seinen Arbeitern höchst unbeliebter Parteiökonom, im Mai ein Interview. Er beschließt es mit dem Satz: „Ich habe ein Auto, sieben Koffer und ein bißchen umgetauschtes Geld: ein Leben umsonst.“ Das ist die eine Möglichkeit der Lebensenttäuschung. Die andere könnte durch folgende Worte gekennzeichnet sein: „Wir haben uns das ganze Leben abgerackert, aber wir sind vierzig Jahre lang betrogen worden. Was haben wir nun?“ Das ist nicht ein individuelles Lebensgefühl von Menschen, die etwa sechzig Jahre alt sind, sondern auch ein kollektives, so daß auch ein sechzehnjähriges Mädchen sagen kann: „Wir sind vierzig Jahre lang betrogen worden.“ In einer solchen Lage muß die Kirche und

müssen die kirchlichen Mitarbeiter vor allen Dingen zuhören können und behutsam zu antworten versuchen. Kirche hat kein Konsumangebot zu machen, aber sie hat etwas besseres; sie kann ein Sinnangebot machen, sie kann darauf hinweisen, daß, wenn es den Gott Jesu Christi gibt, an keinem Platz wirkliche Sinnlosigkeit herrschen kann. Der alte Bischof Aufderbeck,⁵ der schon als junger Priester aus dem katholischen Sauerland in unsere Diaspora gekommen war, zuerst in eine bloß konfessionelle, dann in die harte ideologische Diaspora, sagte manchmal im Anschluß an den Psalm 16: „Auf dieses herrliche Land ist mein Los gefallen.“ Er meinte damit das graue Land der DDR. Der Glaube sieht dort Antworten, wo andere mit ihren Fragen ratlos sind. Kirche kann mithelfen, dieses Gefühl, hereingelegt worden zu sein, aufzuarbeiten. Sie kann fragen, ob jemand, der sich abgerackert hat und nun, da doch alles besser werden soll, zum Sterben kommt, in einem letzten Sinn wirklich schlechter dran ist als ein junger Mensch, der die sogenannte Soziale Marktwirtschaft noch vor sich hat. Die Kirche allein kann auf solche Fragen antworten. Sie kann auch mithelfen, die Mauer in den Köpfen abzubauen, Sperren abzureißen und Begrenzungen aufzuheben, die innerlich weiter bestehen, auch wo die äußere Mauer gefallen ist. Sie kann zur Geduld mahnen und sie kann kritisch das Wort ergreifen, wo manche Aufbauhelfer ohne Sensibilität für die Gefühle der Menschen einfach „abwickeln“ — das ist inzwischen der Fachausdruck dafür geworden, daß Betriebe, Abteilungen und Einrichtungen so umorganisiert werden, daß von ihnen nichts mehr übrig bleibt.

In der Vergangenheit war Kirche eine Stät-

⁴ Partei des Demokratischen Sozialismus, Nachfolgepartei der SED (= Sozialistische Einheitspartei Deutschlands).

⁵ Bischof von Erfurt, gest. 1981.

te der Freiheit, des freien Wortes vor allem. Sie war eine Gegenwelt zum verordneten Sozialismus. Sie muß eine Stätte des Zuhörens, des Eingehens auf Nöte, des Verstehens, der gemeinsam behutsam gesuchten Antworten bleiben. Sie war ein Schutzraum für das Menschliche. In einer liberalen Welt wird sich nun zeigen, ob es sich nur um ein komparativisches Verhältnis handelte, um ein Verhältnis von einem schrecklichen Sozialismus zu einer viel weniger schrecklichen Kirche. Und es wird sich erweisen, ob die Kirche nur deswegen liberal wirkte, weil die sie umgebende sozialistische Gesellschaft viel repressiver war. Es wird ihre Aufgabe sein zu zeigen, daß sie wirklich eine Stätte freier Menschlichkeit ist, gleichgültig in welcher Art von Gesellschaft sie lebt. Es wäre eine Todsünde der Kirche, wenn sie sich mit einem totalitären System verwechseln ließe.

Es gibt in kirchlichen Kreisen viele Antworten auf die Frage, was von unserer Kirche im Bereich der Dresdner Pastoral-synode in eine Kirche eines vereinigten Deutschlands hinübergenommen und bewahrt werden soll. Auf die Frage, was wir einzubringen haben, wird geantwortet: Die Zusammengehörigkeit der Christen in ihrer Gemeinde, die Katechese in Verbindung mit Gemeinde und Gottesdienst, die Kirche der vielen ehrenamtlichen Helfer, die Verbindungen zu den Ländern des Ostens, die guten gewachsenen Kontakte zu den evangelischen Gemeinden, die gemeinsame Suche nach Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, die Nähe der Hierarchie zur Basis. Alle diese Antworten sind nicht falsch; solche Züge sind bewahrenswert, aber sie sind wohl nicht DDR-typisch, denn jede Gemeinde oder jede Diözese, die an Gott glaubt und mit ihrer Vernunft arbeitet, kann so etwas verwirklichen. Manches davon läßt sich freilich in kleinen Verhältnissen leichter realisieren als in

großen. Die Antwort könnte auch lauten: Wir wissen darum, daß Freiheit nicht selbstverständlich ist. Aber vermutlich werden auch wir das in drei Jahren vergessen haben. Die wichtigste Antwort scheint mir zu sein: Die Kirche soll wie in den vergangenen vierzig Jahren eine Stätte sein, an der freie Menschen gemeinsam glauben. Wir wissen noch nicht, wie eine Kirche christlicher Liberalität sich in einer permissiven Gesellschaft, die nun auf uns zukommt, ausnimmt. Sie ist aber notwendig, denn im Kommandosystem des „demokratischen Zentralismus“ wurde von oben „durchgestellt“, von oben angeordnet, von oben befohlen. Oben — das war manchmal Moskau, meist Berlin. Wir vermuteten, daß die Telephone für die unteren Bereiche nur Hörmuscheln, aber keine Sprechmuscheln hatten, weil die Meinung der unteren Organe nicht gefragt war. Eine zentralistisch gesteuerte Kirche, in der Anweisungen von Rom „durchgestellt“ werden, wäre für die katholischen Christen aus der ehemaligen DDR nicht gut zu verkraften und sie wäre nicht zu lieben, was bisher für viele katholische Christen jedoch durchaus der Fall war.

Mission

Schon in der kommunistischen Zeit gab es zunehmend Leute, denen die Ideologie des Marxismus-Leninismus zum Halse herausging. Sie spürten, daß diese, am Schreibtisch von Marx ausgedachte und von Lenin in die Politik überführte Ideologie nichts ist für das arme Herz des Menschen. Vor allem Studenten, solche Menschen also, die den Marxismus am besten kennen mußten, spürten das Ungenügen. In Studentengemeinden, in Kreisen von Akademikern, aber auch in lebendigen Gruppen der Pfarrjugend gab es immer wieder Bekehrungen und Taufen. Viele Leute, die das Ungenügen der Ideologie am eigenen Leib erfahren hatten, wagten aber nicht, einen christlichen Weg ins

Auge zu fassen, weil sie die damit verbundene materielle Konsequenz scheuten. In der Zukunft wird Christsein vermutlich kein Makel mehr sein, der das Fortkommen hindert. Deswegen muß die Kirche nun Angebote an Nichtglaubende machen, sie muß nach Nichtgetauften Ausschau halten und sich auf die Suche nach Suchenden begeben. Dafür gibt es einen großen Kreis, der in Frage kommt. Die katholische Kirche sollte dabei nicht auf den Gedanken kommen, sich in evangelischen Kreisen auf die Suche zu begeben, so etwas sollte geradezu verboten sein. Der Kreis der Nichtglaubenden, der nachchristlichen Heiden ist groß genug: In Erfurt, einer Stadt mit 220.000 Einwohnern, gibt es etwa 30.000 evangelische und etwa 15.000 katholische Christen. Nur etwa sechs Prozent aller neugeborenen Kinder werden noch getauft. Nach einer Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie bezeichnet sich in der ehemaligen DDR nur ein Drittel der Bevölkerung als einer Konfession zugehörig, 28 Prozent sind aus der Kirche ausgetreten. Die größte Gruppe, 39 Prozent, hatte mit den Kirchen noch nie etwas zu tun. In dem Drittel, das sich als religiös bezeichnet, sind viele ältere Leute; 48 Prozent der katholischen Christen, 44 Prozent der evangelischen sind sechzig Jahre und älter. Wenn man anhand einer Analyse den Blick besonders auf die Jüngeren richtet, verschärft sich die Situation: Siebzig Prozent der 16- bis 29-jährigen waren niemals Mitglied einer Religionsgemeinschaft, weitere neun Prozent dieser Altersgruppe sind aus der Kirche ausgetreten, nur knapp zwanzig Prozent bezeichnen sich als Mitglied einer Religionsgemeinschaft.

Renate Köcher, die diese Analyse im Rheinischen Merkur vom 28. September 1990 vorstellt, folgert daraus: „Die Kirchen in der ehemaligen DDR haben schwere Zeiten vor sich.“

Unter missionarischem Aspekt ergibt sich jedenfalls für die Kirchen in den fünf neuen Bundesländern eine große Aufgabe. Sie wird dazu Helfer aus den alten Bundesländern brauchen. Eine Einführung in die Bibel für Hörer aller Fakultäten stößt z. B. bei den Studenten der Humboldt-Universität in Berlin auf Interesse. Pfarrer werden in die Schulen eingeladen, um vor den Lehrern über Religion zu sprechen. Ich konnte neulich an zwei Pädagogischen Hochschulen eine Vorlesung über das Christentum halten, wobei die Studierenden durchaus interessiert waren und ihre Fragen stellten. Weiterbildungsveranstaltungen für Lehrer haben auch die Religion zum Thema. Die erste frei gewählte Volkshochschule veranstaltete vor ihrer ersten Sitzung einen Gottesdienst, an dem Mitglieder aller Parteien teilnahmen, auch Herr Gysi,⁶ Frau Luft⁷ und Herr Modrow. Frau Luft sagte am Ende des Gottesdienstes zu Dr. Ducke,⁸ der mit den anderen beiden Moderatoren den Gottesdienst gehalten hatte: „Vielleicht hätten wir so etwas schon eher machen sollen“.

Das Ansehen der Kirche in diesem Land ist zur Zeit höher, als es dem zahlenmäßigen Anteil der Christen entspricht. Aber die Kirche kann nicht alle Anfragen beantworten, nicht alle Probleme bewältigen. Vor allen Dingen muß jeder Anschein vermieden werden, daß eine neue Ideologie die alte ablöst, nachdem nun nach den Marxisten eine „christliche Partei“ die erste Rolle spielt. In den verantwortlichen Stel-

⁶ Vorsitzender der PDS.

⁷ Wirtschaftsministerin in der Regierung Modrow.

⁸ Leiter der Studienstelle der Berliner Bischofskonferenz, Moraltheologe, Vorsitzender des „Runden Tisches“, an dem die politischen Kräfte der ehemaligen DDR um eine demokratische Ordnung ihres Landes rangen.

len der neuen Länder sind viele Christen, aber der neue Einfluß und die neue Macht dürfen nicht zu einer Rechristianisierung benutzt werden, die ähnlich vorgeht wie früher die Partei. Die Gewissensfreiheit der Menschen bleibt ein hohes, von der Kirche zu schützendes Gut.

Aber die Kirche sollte Angebote machen. Katechumenatsgruppen könnten eingerichtet werden, in denen in verschiedenen Etappen zunächst über Glaube und Religion informiert, später auf die Taufe geschritten wird. Solche Gruppen brauchen nicht mehr den Charakter geheimer Konventikel wie in der Vergangenheit, sondern jedermann sollte wissen, auf welchem Wege man in die Kirche aufgenommen werden kann, wo man zusammenkommt und welche Stufen auf dem Weg zu beschreiten sind.

Evangelisierung nach außen hin — Mission — geschieht im Fall der Kirche im Bereich der Dresdner Pastorsynode nicht nur aufgrund des Missionsbefehls Christi: „Gehet hin in alle Welt und taufet alle Völker und lehret sie“, sondern sie ist auch eine Aufgabe der Diakonie, ein Dienst an den Brüdern und Schwestern. Mission unter den Bedingungen dieser früher sozialistischen Gesellschaft würde dann bedeuten, von der Hoffnung zu berichten, die wir auch in den vergangenen Jahren haben durften, vom Glauben an Gott, der die Mächtigen vom Thron stürzt und die Niedrigen erhöht. Christen sind vermutlich die einzigen gewesen, die sich nicht im Innersten wunderten, daß diese Periode des Sozialismus, die alles andere nur als Vorgeschichte ansah, so schnell zu Ende ging. Sie wußten immer, daß Gott die Mächtigen vom Thron stürzt, sie wußten allerdings nicht, daß es so schnell gehen könnte. In den vergangenen vierzig Jahren haben sich die katholischen Christen oft den Vorwurf gemacht, nicht genügend missionarisch zu sein. Werden sie nun ihre Chance ergreifen?

Schule und Bildung

Es gab in der ehemaligen DDR ein sogenanntes „Einheitliches sozialistisches Bildungssystem“, das nach eigener Einschätzung dem Bildungswesen in Westdeutschland „um eine ganze historische Epoche voraus“ sein sollte. Die Partei war stolz darauf und exportierte es in sozialistische Entwicklungsländer. Dieses System bearbeitete den Menschen vom Kindergarten bis zur Universität unter marxistisch-leninistischen Vorzeichen mit dem administrativen Druck der Staatsmacht. Alle Gesetze und Verordnungen des Bildungswesens versuchten mit pädagogischen Mitteln oder mit dem, was man dafür hielt, nicht nur ein neues Bewußtsein, sondern einen neuen Menschen zu schaffen. Man wollte Revolutionäre heranbilden und meinte damit Menschen, die der Partei und ihren Anordnungen ohne Gegenrede und ohne jeden Gegengedanken in blindem Gehorsam begeistert folgen. Parteilichkeit war eines der wichtigsten Erziehungsziele. Die Gesetze, die die Bildung betrafen, setzten voraus, daß alle DDR-Bürger diese Ziele bejahten. Wer irgendwie mit Erziehung zu tun hatte, war nicht nur angesprochen, sondern verpflichtet, die Zielvorgabe der Partei in pädagogische Maßnahmen umzusetzen. Der Direktor einer Schule, die FDJ-Gruppen, die Pioniere, jeder Lehrer und auch die Eltern waren verpflichtet, ihre Kinder kommunistisch zu erziehen. Aufgrund der Menschlichkeit mancher Lehrer, manchmal auch aufgrund der sozialistischen Schlamperei, wurde nicht alles in den Gesetzen Gebotene adäquat realisiert. Dennoch war das Leben von Eltern und Kindern, die eine andere Welt- und Lebensauffassung hatten, schwer, zumal sich die Partei zur Abstützung der Ideologie ein System von Feiern und Pseudosakramenten ausgedacht hatte, welches die Riten, die die Kirche seit Jahrhunderten

vollzog, ablösen sollte. Es gab eine sozialistische Feier zur Geburt, zum Eintritt in die Pubertät, zum Abschluß der Lehre, zum Eheabschluß und auch zum Begräbnis. Die Maschen dieses Systems waren sehr dicht geknüpft, und man konnte ihm nicht entkommen.

Die evangelische Kirche hat seit 1977 versucht, den Staat zu fragen, was es für christliche Menschen bedeute, daß die Kinder kommunistisch erzogen werden sollen. Während der Staatsratsvorsitzende sich nach und nach in ein Gespräch mit den Kirchenleitungen einließ, war es bis zum Ende der DDR unmöglich, mit Frau Honecker, der Bildungsministerin, zu reden. Das Bildungswesen und die Armee gaben sich in keiner Weise gesprächsbereit. Dieses Bildungswesen hat nicht erreicht, was es sich vorgenommen hatte; es hat nicht Revolutionäre herangebildet, sondern doppelzüngige Menschen, die die geforderte Meinung nachsprachen und die gewünschte Gesinnung heuchelten. Man wurde von Kindheit an hineinsozialisiert in eine Schizophrenie und unterschied beständig zwischen offizieller und tatsächlicher Meinung. So entstand eine Scheinwelt, in der auf gespenstische Weise alles klappte, vom Beifall für die Regierung bis zum Ergebnis der sogenannten Volkswahlen. Die Menschen wußten aber, daß es sich um ein Ritual handelt, um Vorspiegelung und Blendwerk. Ihr wirkliches Leben hatte damit nichts zu tun. Wenn jemand an einem sozialistischen Wahltag geäußert hätte: „Ich bin ja schon so gespannt, wie die Wahl heute ausgeht“, dann hätte man ihn wahrscheinlich für einen Provokateur gehalten.

Die sichtbare Konsequenz dieses Bildungssystems war eine beständige existentielle Überbeanspruchung der Lehrer, die bis hin zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Dienst oder gar bis zur psychotherapeutischen Behandlung ging. Die inneren Folgen für die jungen Menschen,

für Kinder und Jugendliche, waren ein tiefes Mißtrauen, ein beständiger Zwiespalt zwischen Denken und Sagen, der zu der Frage führt: „Denkt der andere wie ich, obwohl er etwas anderes sagt?“ In der ehemaligen DDR erzählte man sich von zwei Polizisten, die unterwegs waren; auf dem Weg fragte der eine den anderen: „Was denkst du?“ Der antwortete: „Das gleiche wie du.“ Darauf sagte der erste: „Dann muß ich dich festnehmen“. Man fragte sich beständig, denkt der andere so wie ich, obwohl er es nicht sagt oder sagen kann. Eine weitere Folge der sozialistischen Schule war ein beständiger Haß der Schüler auf die Schule. Dazu kam eine sich immer steigende Erziehungsunlust der Eltern, die der Meinung waren: wir können nichts tun. Das System der ideologischen Bearbeitung des Menschen in Gestalt von Volksbildung ist schnell zusammengebrochen, wie der Staat, der von sich behauptet hatte, das Ziel der deutschen Geschichte zu sein. Es ist der Schule nicht gelungen, Sozialismus als einen Wert zu verinnerlichen. Es gab zweifellos bei manchen Menschen das Ideal einer klassenlosen Gesellschaft. Für nicht wenige war das Wort Sozialismus ein heiliges Wort. Im Laufe der Zeit aber schwanden die Wertvorstellungen, die mit dem Begriff verbunden waren. Sozialismus als Idee, welche die Menschen faszinierte, verlor seine Überzeugungskraft in dem Maße, wie die politische und militärische Macht zunahm. Seit den Zeiten Lenins hielt sich ohnehin in den kommunistischen Parteien bei den entscheidenden Funktionären die Leitvorstellung durch, das wichtigste sei die Macht. In vielen Reden wurde das von den Funktionären der SED immer wieder gesagt. Die Macht war das eigentliche Glaubensbekenntnis der Partei, nicht der Sozialismus. Bert Brecht hat das so formuliert: „Der Mächtige hat immer recht“. Mit Macht läßt sich unterdrücken, aber nicht erziehen. Und so

scheiterte das Experiment einer einheitlichen sozialistischen Bildung, die mit den Methoden der Drillschule arbeitete, in dem Augenblick, als die sie stützende Gewalt zusammenbrach.

Der Religionsunterricht

Der Raum der Schule war von seiner Gesamtatmosphäre her atheistisch, antichristlich und antikirchlich. Diese Eigenschaften hatte die Schule schon, als sie am Anfang noch „demokratische Schule“ hieß. Die Kirche hat sich immer bemüht, mit den jungen Menschen im Gespräch über den Glauben zu bleiben. Der Religionsunterricht wurde von der Schule im Laufe der Zeit in den Raum der Kirche übernommen und war ganz in kirchlicher Hand. Die erste Verfassung von 1949 gab den Kirchen noch das Recht, in den Räumen der Schule Religionsunterricht zu halten. Dieses Recht ist ihnen dann bei der Verfassungsänderung von 1968 genommen worden. Aber die Kirchen waren davon nicht mehr betroffen, denn sie waren schon aus der Schule ausgezogen. Es machte sich nämlich nicht gut, unter einem Stalinbild Religionsunterricht zu halten. Die Katecheten erkannten bald, daß die Methode des schulischen Religionsunterrichtes, die Art und Weise, wie die Schule lehrt, in einer pfarrlichen Katechese am Nachmittag aufgegeben werden muß. Die katechetische Unterweisung wurde im Laufe der Zeit immer mehr „entschult“. Es kamen Spielelemente hinein, sie wurde mitgeprägt durch das Gespräch, bei dem jeder seine Meinung sagt. Die Sitzordnung wird so gestaltet, daß sie eine kommunikative Atmosphäre ermöglicht. Die Raumausstattung sollte möglichst nicht an Schule erinnern. Der Raum variierte allerdings manchmal von der Sakristei bis hin zum Wohnzimmer des Pfarrers. Katechese wurde eng verbunden mit dem Gemeinde-

leben, der Liturgie und dem Kirchenjahr. Sie spielte sich in einem rein kirchlichen Milieu ab. Sie wurde eine katholische bzw. evangelische Subkultur, die im Freizeitbereich angesiedelt war. Sie war nicht sehr anspruchsvoll, nicht sehr fordernd, aber kommunikativ und ein wenig gemütlich. Oft bringen die Kinder ihre nichtkatholischen Freunde und Freundinnen mit. Diese Katechese wird flankiert durch Kindernachmittage. Sie wird ergänzt im Sommer, in den Ferien, durch eine religiöse Kinderwoche. Sie wird vorbereitet durch eine religiöse Kleinkindarbeit, die sogenannte „Frohe Herrgottstunde“. Das war das christliche Gegengewicht gegen die atheistische Indoktrinierung.

Diese in der Gemeinde stattfindende Katechese ist den meisten Katecheten in der DDR, auch den Priestern und sogar den Bischöfen ans Herz gewachsen. In dieser Situation wird nun die Frage gestellt: Wie haltet ihr es mit dem Artikel 7,3 des Grundgesetzes, wonach Religionsunterricht ein ordentliches Schulfach ist? Wenn die Katecheten sich bei der Antwort dem Gefühl überlassen, lautet die Antwort ohne weiteres Nachdenken: Wir möchten nicht in die Schule. Und sie begründen das dann nachträglich so: Die gemeindeverbundene Katechese hat sich bewährt. Es ist ein gutes Arbeiten mit Kindern, deren Eltern an der Kirche interessiert sind. In einer gemeindlichen Katechese ist die Nähe zur Liturgie gegeben. Pfarreien und ihre Katecheten möchten am liebsten dabei bleiben und wollen die Möglichkeiten gemeindlicher Katechese in neuer Freiheit weiter ausbauen. Ein wesentlicher Gesichtspunkt bei der zögernden Haltung gegenüber einem Religionsunterricht in der Schule ist das Problem, wie man ihn organisieren soll. Es gibt nur wenige katholische Kinder. So gibt es zum Beispiel in den 11 katholischen Gemeinden von Magdeburg in jedem Jahrgang ungefähr 90 katholische Schülerinnen und

Schüler. Aber diese 90 Kinder sind auf 80 Schulen verteilt. In Rostock gibt es 4 katholische Gemeinden. Man zählt etwa 60 Schülerinnen und Schüler pro Jahrgang. Und diese 60 Kinder bzw. Jugendlichen verteilen sich auf 70 Schulen. Auch unter statistischem Gesichtspunkt ist das Nein der katechetisch Tätigen gerechtfertigt.

Es gibt aber auch andere Überlegungen: Wenn man sich z. B. vorstellt, daß die Aufgabe, Religionsunterricht in der Schule zu halten, nicht morgen beginnen muß, sondern ein Prozeß ist, der sich über die nächsten zehn Jahre erstrecken wird, wenn man eine Durchmischung der Gesellschaft in dieser Zeit annimmt und damit auch die Möglichkeit, daß es nicht nur eine Ost-West-, sondern West-Ost-Wanderung der Bevölkerung geben kann, wenn man westliche Religionslehrer konsultiert und sie von ihren Möglichkeiten in der Schule berichten hört, dann scheint es so, daß eine schnelle Ablehnung des schulischen Religionsunterrichts nicht richtig ist. Es könnte nämlich sein, daß eine Chance verpaßt wird, denn mit dem Religionsunterricht kommt nicht nur ein Fach in die Schule, sondern ein neuer Stand, der des glaubenden und methodisch gut ausgebildeten Religionslehrers.

Es wäre zur Zeit leicht, einige religiöse und religionsgeschichtliche Themen in die Lehrpläne der Schule einzuführen. Themen allein, vielleicht noch verstärkt durch Medien, dürften auf Kinder wenig Eindruck machen, wenn nicht lebendige Menschen dahinterstehen. Ein religionspädagogisches *Sachangebot* ist zu wenig, wenn nicht ein *personales* christliches Angebot hinzukommt. Ein Religionsunterricht in der Schule und unter den Bedingungen der Schule würde von der Kirche, die lange genug in einer Nische der Gesellschaft leben mußte, Engagement in der Öffentlichkeit erfordern. Das wird in den nächsten Jahren sehr nötig sein. Leh-

rer, die in der doppelten Loyalität gegenüber den Anforderungen der Schule und den Anforderungen, die der Glaube an den Menschen stellt, leben, könnte unsere Gesellschaft und unsere Schule gut gebrauchen. Natürlich ist so etwas nicht ministeriell anzuordnen, und es ist auch nicht in wenigen Jahren zu verwirklichen. Ein Grundsatz, der als Ziel der Bemühungen vor Augen stehen könnte, lautet: Wir sollen nicht in die Schule gehen, sondern wir müssen in der Schule sein.

Katholische und evangelische Kirche in der Wende

Immer wieder wird nach der Rolle gefragt, die die Kirche in der Wende gespielt hat. Hierbei werden die katholische und die evangelische Kirche verglichen. Es kann kein Zweifel sein, daß der Beitrag der evangelischen Kirche in der Vorbereitung der friedlichen Revolution im Oktober ungleich größer war als der der katholischen Kirche. Viele evangelische Pfarrer haben bereitwillig ihre Kirchen und Gemeinderäume für staatsverdrossene und protestierende Gruppen geöffnet, auch wenn deren Motive nicht religiöser Art waren. Katholische Pfarrer haben sich dabei schwerer getan. Man wird sagen müssen, daß das Protestpotential in der evangelischen Kirche größer war als in der katholischen. Persönlich stelle ich mir die Rolle der beiden Konfessionen in der Wende nach Art eines Pendels vor: Das evangelische Pendel schwingt weit aus, die Amplituden sind groß. Als Beispiel seien zwei Pfarrer genannt: der eine hat sich 1975 öffentlich aus Protest gegen den Staat verbrannt, ein anderer ist noch nach der Wende in die PDS eingetreten. Im großen Bereich des evangelischen Christentums war beides möglich. Es gab Christen, die froh waren, daß der Sozialismus vorbei war und solche, die sofort darangehen wollten, einen verbesserten Sozialismus auszudenken. Hier könnten viele Beispie-

le für weite, allerdings auch für gegensätzliche Auffassungen angeführt werden. Wenn wir uns die Rolle der katholischen Kirche wiederum nach Art eines Pendels vorstellen, dann schwingt es auch, aber die Amplituden sind sehr viel kürzer. Es schwingt ein bißchen hin und her, es gibt wenig Entgegenkommen gegenüber dem Staat, es gibt aber auch wenig öffentlichen Protest gegen ihn. Die katholische Kirche wirkte geschlossener, aber inaktiver. Mit dem geringen Pendelausschlag nach links ist keine Revolution zu machen, der kleine Ausschlag nach der anderen Seite bedeutete freilich auch keine Stärkung des Sozialismus. Das mag als bloße Überlebensstrategie erscheinen, vielleicht auch als Feigheit, hier ist nur festzustellen, daß es sich so verhielt. Man könnte die Positionen der Kirche auch mit einer biblischen Metapher verdeutlichen. Daniel in der Löwengrube — katholisch — verhielt sich ruhig. Er zog die Löwen nicht am Schwanz. Daniel — evangelisch — war lebendiger, er traute sich, sie manchmal zu ärgern und manchmal zu streicheln. Ich hoffe, es ist deutlich geworden, daß hiermit keine Wertung verbunden ist, und vielleicht haben andere Beobachter auch andere Wahrnehmungen gemacht.

Schluß

Nicht nur einzelne Menschen, Familien oder Gruppen haben in dieser Zeit nach der Wende Schwierigkeiten und Probleme. Auch die sich oft überzeitlich gebende katholische Kirche ist solchen Problemen ausgeliefert. Allein schon deswegen, weil „Freude und Hoffnung, Bedrängnis und Trauer der Menschen von heute, besonders der Armen und Notleidenden aller

Art, zugleich auch Freude und Hoffnung, Trauer und Bedrängnis der Jünger Christi“ sind, wie die Pastoralkonstitution des 2. Vatikanischen Konzils in ihrem Anfangssatz sagt. Es gibt auch eine Reihe spezifisch kirchlicher Sorgen und Fragen. Wie mag es weitergehen mit der Priesterausbildung? Wie wird der bescheidenen kirchlichen Presse die Zusammenarbeit mit den großen westlichen Kirchenzeitungen bekommen? Wie wird der Nachfolger des Sankt-Benno-Verlages Leipzig, die „Sankt-Benno-Buch- und Zeitschriften-Verlagsgesellschaft mbH“ — mit einer neuen aus dem Westen kommenden Leitung von den Katholiken in den neuen Bundesländern angenommen werden? Wie wird sich eine katholische Laienorganisation auf die Dauer einbringen können, welche Lösung wird es im Streit um den Paragraphen 218 geben? Wie geht es weiter mit den kirchlichen Finanzen und den Kirchensteuern, denn zur Zeit melden sich viele Leute von der Kirche ab. Es handelt sich um Menschen, die auch vorher keine Kirchensteuer gezahlt haben, die aber meinen, jetzt lohne es sich finanziell, aus der Kirche auszutreten. Wird die Zahl der Arbeitslosen weiter steigen? Es gibt viele Fragen und Probleme. Die Hauptfrage aber scheint diese zu sein: Werden die Gläubigen mit den Versuchungen, die aus dem Konsumismus kommen, ebenso kritisch umgehen, wie mit denen aus dem Kommunismus?

Aber es gibt wohl niemanden, der diese neuen Probleme und Fragen, die aus der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten und der wiedergewonnenen Freiheit kommen, gegen die alten Probleme, die mit der Unfreiheit zusammenhingen, zurücktauschen möchte.